

# Die Feuerwehr, die man abschafft, weil gerade die Sonne scheint

Warum Deutschland ausgerechnet jene Kraftwerke aufs Spiel setzt, die einspringen können, wenn Wind und Sonne Pause machen.

---

Die Energiewende braucht nicht nur immer mehr Strom aus Wind und Sonne. Sie braucht eine Antwort auf die Stunden, in denen beides fehlt. Genau dort könnte flexible Bioenergie vom Dauerläufer zum Sicherheitsnetz werden.

Deutschland baut das Energiesystem der Zukunft. Zumindest behaupten wir das. Wir errichten Windräder, belegen Dächer mit Photovoltaik, reden über Wasserstoffnetze, Batteriespeicher, neue Gaskraftwerke und einen Kapazitätsmarkt. Milliarden werden bewegt, Strategien geschrieben, Märkte entworfen.

Und gleichzeitig könnte uns ein bemerkenswertes Kunststück gelingen: Wir bauen das neue Haus – und entfernen vorsorglich die Heizung, bevor der erste Winter kommt.

So ungefähr lässt sich beschreiben, was derzeit mit der Bioenergie geschieht.

Denn Biogas ist längst nicht mehr nur das, was viele noch immer vor Augen haben: ein Motor auf einem Bauernhof, der Tag und Nacht Strom produziert. Genau dieses Bild gehört in die Vergangenheit. Die Zukunft liegt im hochflexiblen Speicherkraftwerk. Gas wird gespeichert. Strom wird nicht dann produziert, wenn er zufällig entsteht, sondern dann, wenn er gebraucht wird: wenn der Wind schweigt, wenn die Sonne untergegangen ist, wenn Preise steigen und das Netz Leistung benötigt.

Aus dem Dauerläufer wird der Feuerwehrmann der Energiewende.

Nur könnte Deutschland gerade auf die Idee kommen, die Feuerwehr abzuschaffen, weil an diesem Nachmittag zufällig kein Haus brennt.

Wind und Sonne sind großartige Energiequellen. Sie haben allerdings einen kleinen Charakterfehler: Sie lesen keine Fahrpläne. Die Sonne scheint nicht stärker, weil um 19 Uhr Millionen Haushalte Strom brauchen. Der Wind beginnt nicht zu wehen, weil Wärmepumpen laufen, Elektroautos laden und Fabriken produzieren. Das ist kein Argument gegen Windkraft oder Photovoltaik. Es ist Physik.

Ein Stromsystem muss deshalb nicht nur genügend Energie erzeugen. Es muss sie auch zum richtigen Zeitpunkt bereitstellen können. Und genau hier wird die Debatte um Biogas interessant. Denn während Deutschland neue Reservekraftwerke plant, über Wasserstoffä-

higkeit spricht und Versorgungssicherheit neu organisiert, existiert längst eine Infrastruktur aus tausenden Biogasanlagen, Gasspeichern, Blockheizkraftwerken und Wärmenetzen. Man müsste sie nicht neu erfinden. Man müsste sie weiterentwickeln.

Das Positionspapier, auf dem diese Debatte beruht, fordert deshalb einen Paradigmenwechsel: weg von unflexibler Dauerproduktion, hin zu steuerbaren Speicherkraftwerken. Das klingt technisch. Tatsächlich ist es eine ziemlich einfache Idee: Energie dann erzeugen, wenn sie gebraucht wird, und sie zurückhalten, wenn ohnehin zu viel Strom im Netz ist.

Wie absurd ein unflexibles System werden kann, zeigte der 1. Mai 2026. Photovoltaik deckte mittags mit rund 45 Gigawatt einen enormen Teil der Nachfrage. Gleichzeitig blieben nach Darstellung des Papiers rund fünf Gigawatt unflexibler Biogas- und Wasserkraftleistung im Netz. Die Preise fielen zeitweise bis auf minus 50 Cent je Kilowattstunde.

Man stelle sich einen Bäcker vor, der so viele Brötchen produziert, dass er den Kunden Geld geben muss, damit sie ihm die Tüten abnehmen. Kein vernünftiger Bäcker würde daraus den Schluss ziehen, noch einen zweiten Ofen zu kaufen. Er würde seine Produktion an die Nachfrage anpassen.

Flexible Biogasanlagen können genau das. Bei Stromüberschuss bleiben die Motoren stehen, das Gas wird gespeichert. Stunden oder Tage später kann die Leistung hochgefahren werden. Nicht Biogas ist also das Problem. Unflexibles Biogas ist das Problem.

Und gerade deshalb wäre es merkwürdig, jene Infrastruktur verschwinden zu lassen, die sich zu einem flexiblen Sicherheitsnetz umbauen ließe.

Politik liebt große Zahlen. 4,5 Gigawatt beispielsweise klingt beeindruckend. Im EEG-Entwurf, so das Positionspapier, soll dieses Ausschreibungsvolumen jedoch für die Jahre 2027 bis 2032 reichen. Dem wird ein Modernisierungsbedarf von 3,2 Gigawatt pro Jahr gegenübergestellt. Plötzlich sieht die große Zahl ziemlich klein aus.

Es ist ein wenig wie bei einem Krankenhaus, das stolz verkündet, für die nächsten sechs Jahre 4.500 neue Betten bestellt zu haben – und nicht erwähnt, dass jedes Jahr 3.200 alte ersetzt werden müssten.

Politische Kommunikation funktioniert über die Größe einer Zahl. Energiepolitik funktioniert über ihre Relation.

Das Papier warnt deshalb vor einem beschleunigten wirtschaftlichen Aus für tausende Bestandsanlagen. Zugleich fordert es einen höheren Flexibilitätszuschlag, eine längere zweite Vergütungsperiode und verbindlichere Möglichkeiten für flexible Netzanschlüsse. Ob jede einzelne Forderung am Ende genau so umgesetzt werden muss, ist eine Frage für das Parlament. Die strategische Frage aber lässt sich nicht wegmoderieren: Wollen wir eine vorhandene, speicherbare erneuerbare Infrastruktur modernisieren – oder sie erst verlieren und später teuer ersetzen?

Besonders kurios wird die Sache, wenn Deutschland gleichzeitig neue gesicherte Kraftwerksleistung sucht. Man plant Gaskraftwerke, diskutiert Kapazitätsmechanismen und sucht Technologien für jene Stunden, in denen Wind und Sonne nicht ausreichen. Währenddessen droht ein Teil vorhandener erneuerbarer, steuerbarer Erzeugung aus wirtschaftlichen Gründen vom Netz zu gehen.

Das erinnert an jemanden, der sein Fahrrad auf den Sperrmüll stellt und anschließend einen Förderantrag für die Entwicklung eines Zweirades einreicht.

Natürlich wird Biogas allein Deutschlands Versorgungssicherheit nicht garantieren. Aber in einem System aus Wind, Sonne, Batterien, Netzen, Importen, Lastmanagement und gesicherter Kraftwerksleistung hat eine heimische, speicherbare Energiequelle einen offenkundigen Wert. Zumal viele Anlagen noch etwas können, was in Berliner Energiestrategien gern in der Fußnote verschwindet: Wärme liefern.

Hinter einer Biogasanlage hängen nicht nur Megawatt in einer Excel-Tabelle. Dort hängen manchmal Häuser, Schulen, Betriebe, Nahwärmenetze und regionale Dienstleister. Wer eine solche Anlage stilllegt, zieht einen Stein aus einem lokalen Energiesystem.

Und dann gibt es noch die Volkswirtschaft. Das Positionspapier stellt geschätzten jährlichen Kosten von rund 5,3 Milliarden Euro einen Nutzen von rund 7,8 Milliarden Euro gegenüber – unter anderem durch Klimaschutz, Systemstabilität, regionale Wertschöpfung und Wärmeerzeugung. Über diese Zahlen wird man streiten können. Aber genau das wäre die richtige Debatte: Was kostet die Modernisierung vorhandener Infrastruktur – und was kostet es, sie verschwinden zu lassen und später zu ersetzen?

Die eigentliche Frage des EEG 2027 lautet deshalb nicht: Braucht Deutschland mehr Biogas?

Sie lautet: Welche steuerbare erneuerbare Leistung braucht ein Energiesystem, das immer stärker vom Wetter abhängt?

Dann wird aus einer Agrardebatte plötzlich eine Debatte über Systemarchitektur. Aus dem Fermenter wird ein Energiespeicher. Aus dem Blockheizkraftwerk wird ein Spitzenlastkraftwerk. Aus einer vermeintlichen Alttechnologie wird ein Baustein jener Versorgungssicherheit, für die Deutschland andernorts Milliarden ausgeben will.

Irgendwann kommt sie, die kalte, windstille Winternacht. Dann helfen keine Pressekonferenzen, keine PowerPoint-Folien und keine wohlklingenden Ausbauziele. Dann zählt nur eine Frage: Wer kann jetzt Strom liefern?

Eine Lebensversicherung beurteilt man schließlich auch nicht danach, wie oft man sie an einem sonnigen Augustnachmittag gebraucht hat.

Sondern danach, ob sie noch da ist, wenn der Sturm kommt.